

Wasser-Kompromiss muss erste Hürde nehmen

Bornheimer Betriebsausschuss tagt am 21. Juni – Bezirksregierung soll Entscheidung prüfen

VON JACQUELINE RASCH

BORNHEIM. Schwarz-Rot-Grün will Nägel mit Köpfen machen: In der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses – in dem Gremium hatte 2014 auch die Grundsatzdebatte um „weicheres“ Wasser für Bornheim begonnen – am 21. Juni soll die Änderung des Wasser-mixes beschlossen werden. Und zwar in zwei Schritten.

Schritt eins, die Wasserversorgung bis Ende dieses Jahres auf 60 Prozent Talsperrenwasser (WBV) und 40 Prozent vom Wasserbeschaffungsverband Wesseling-Hersel (WBV) umzustellen, geht die SPD noch mit. Schritt zwei, die Umstellung auf eine Fiftyfifty-Versorgung ab Jahresbeginn 2020, gehen CDU und Grüne allein.

Jahrelang hatte die SPD proklamiert, keinen Wasser-

wechsel zu wollen, aber das Ergebnis des Bürgerentscheides zum Thema könne man nicht ausblenden, hatte Fraktionschef Wilfried Hanft jüngst erklärt (wir berichteten). Die 50:50-Regelung sei aber dann doch zu viel.

Peu à peu den Anteil erhöhen

Die mehrheitliche Zustimmung vorausgesetzt soll die Versorgung mit Rücksicht auf die Rohrleitungen bis Ende dieses Jahres in drei Schritten à fünf Prozent auf 40 Prozent Talsperrenwasser erhöht werden. Den Bürger kostet der Kubikmeter Trinkwasser dann etwa sechs Cent mehr als bisher, in der zweiten Stufe ab 2020 dann elf Cent. Insgesamt, so

hat es der Stadtbetrieb ausgerechnet, fallen mit der 60:40-Regelung rund 134 000 Euro mehr für die Versorgung an als 2015. Die sollen voll auf die Gebühren umgelegt werden. Bürgermeister Wolfgang Henseler, der die Gespräche zum „Wasser-Kompromiss“ moderiert hatte und der sich nach Rundschau-Informationen in der Abstimmung enthalten will, geht in dieser Frage auf Nummer sicher. Schon in der Sitzungsvorlage kündigt die Verwaltung an, die Entscheidung der Bezirksregierung vorzulegen. Die soll prüfen, ob Henseler den Beschluss erneut beanstanden muss.

Seine erste Beanstandung des Ratsbeschlusses zum Wasserwechsel von 2016 hatten die Kölner voll inhaltlich mitgetragen. In der Begründung, die auch Teil der Sitzungsunterla-

gen für den Betriebsausschuss ist, heißt es: „Die durch die Neuorganisation der städtischen Wasserversorgung entstehenden jährlichen Mehrkosten sind als überflüssig anzusehen... und können daher nicht dem Gebührenzahler auferlegt werden“. Große Unbekannte in der Rechnung bleibt, wie eine gerichtliche Entscheidung bei einer Überprüfung der Gebührenerhöhung ausfallen würde. Die Nachbarstadt Wesseling hat bereits 30 000 Euro in den Haushalt eingestellt, um gegen das WBV-Verbandsmitglied Bornheim zu klagen. Für Schritt eins sehen die Mehrheitsverhältnisse gut aus im Betriebsausschuss: Von 13 Mitgliedern würden acht dafür stimmen, plus dem Vorsitzenden Rainer Züge (SPD).

Dem Ausschuss ist wohl be-

wusst, dass es für Schritt zwei, also die Umstellung auf eine 50:50-Versorgung ab 2020, keine Mehrheit geben wird. Der große Zeitraum ist auch deshalb so gewählt worden, um zu schauen, ob bis dahin Gerichte über die Wasserversorgungbeschwerden haben. Sollte schon die 40:60-Versorgung „kassiert“ werden, muss man über weitere Lieferverschiebungen gar nicht mehr nachdenken.

ABB stellt eigenen Antrag

Unterdessen hat Paul Breuer, Einzelratsmitglied der ABB, mitgeteilt, dass er den von SPD, CDU und Grünen ausgehandelten Kompromiss 60:40 Prozent nicht mittrage. Er bleibt Verfechter der Komplet-

tumstellung auf Talsperrenwasser. Auch wenn der Bürgerentscheid das nötige Quorum nicht vorweisen konnte sei der Kompromiss „eine Missachtung des Wählerwillens“. Als Kompromiss wären nur 49 Prozent WBV-Wasser und 51 Prozent WTV-Wasser denkbar. Die ABB, die keinen Sitz im Betriebsausschuss hat, wolle den Antrag in der Ratssitzung am 13. Juli einbringen.

Es stelle sich für die Wählervereinigung die Frage, ob es sich bei dem Kompromiss „nicht nur um eine Umsetzung einer internen Vereinbarung zwischen SPD und CDU handle, nach der die CDU dem Haushalt 2017/2018 samt Grundsteuererhöhungen zustimme und dafür etwas mehr weiches Wasser und einen städtischen Ordnungsdienst erhält“.